



Panzer der Bundeswehr während einer Nato-Übung bei Papradė nördlich von Vilnius. Dort wurden 1941 alle 850 jüdischen Bewohner ermordet.

DPA/KAY NIETFELD



## Historisch belastet

**85 Jahre nach dem Überfall auf die UdSSR weckt die Stationierung deutscher Soldaten in Litauen Erinnerungen an Judenmassaker. Was unternimmt die Bundeswehr?**

**MARITTA TKALEC**

Mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 begann Hitlerdeutschland den größten und zerstörerischsten militärischen Feldzug der Weltgeschichte. Dreieinhalb Millionen deutsche Soldaten überschritten auf einer Länge von 1600 Kilometern die Grenze zwischen Ostsee und Schwarzem Meer.

Die deutsche Führung hatte sich das „Unternehmen Barbarossa“ als Blitzkrieg gedacht. Blitzartig kam dann das Ende der Siegesfantasien. Schon im Oktober blieb die Wehrmachtsoffensive auf Moskau stecken, kam in Schlamm und Eis vollends zum Erliegen. In Litauen, seit dem 3. August 1940 – entsprechend dem Hitler-Stalin-Pakt – offiziell annektierter Teil der Sowjetunion, begann mit dem deutschen Einmarsch ein spezielles Kapitel des Holocaust. Von den etwa 220.000 dort lebenden Juden wurden mindestens 200.000 ermordet.

In Litauen wurden auch erstmals systematisch ganze Gemeinden vernichtet. Bis August 1941 war die ländliche jüdische Bevölkerung nahezu vollständig ausgelöscht, bis November die städtische. Einheimische Kollaborateure beteiligten sich mit Eifer. Historiker sprechen von einer Rekord-„Vernichtungseffizienz“ von 95 Prozent.

Die litauische Bevölkerung hatte die Wehrmacht begeistert empfangen. Die Nationalsozialisten, die die „Endlösung der Judenfrage“ zum Staatsziel erhoben hatten, stießen dort auf einen ausgeprägten Antisemitismus. Die seit 1940 in Berlin aktive „Litauische Aktivistengruppe“ hatte sich auf eine Machtübernahme im Schlepptau der Wehrmacht eingestellt. Ähnlich wie viele Ukrainer hingen nicht wenige Litauer der Hoffnung an, Hitler werde ihnen einen eigenen Staat ermöglichen. Den nationalistischen Kräften schwebte ein nach faschistischem Muster erneuertes Gemeinwesen vor – ohne Juden.

Faschistischer Staat In seinem 2011 erschienenen Grundlagenwerk „Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941–1944“ bewertet der Historiker Christoph Dieckmann das litauische Streben nach einem homogenen Nationalstaat als zentrales Motiv für die Kooperation mit

deutschen Besatzern. Aus deutscher wie litauischer Perspektive, so Dieckmann, hätten sich „die Erwartungshorizonte und Zielvorstellungen in hinreichendem Maße überschritten“. Vor allem habe die „gemeinsame antisowjetische, antipolnische und antijüdische Ausrichtung“ als „gemeinsame Feinddefinitionen“ zur litauischen Beteiligung an „verschiedenen Massenverbrechen“ geführt.

Anders als in der Ukraine hatte es vor dem deutschen Einmarsch in Litauen keine Pogrome gegeben. Doch griffen litauische Nationalisten entsprechende Ermutigungen von Reinhard Heydrich, Chef des Reichssicherheitshauptamts, bereitwillig auf und erschlugen schon in den ersten Tagen der deutschen Herrschaft etwa 800 Juden.

In Vilnius/Wilna waren 70.000 Juden in deutsche Hand geraten. Dort beriet schon am 29. Juni 1941 das litauische Bürgerkomitee über die Einrichtung eines Gettos. Die deutsche Zivilverwaltung, die am 1. August die Militärverwaltung ablöste, zählte nur wenige Personen. Das Plündern und Rauben jüdischen Eigentums sei, so schreibt Dieckmann, dasjenige Feld gewesen, „in dem die Involvierung der nichtjüdischen Gesellschaft Litauens in die Verfolgung der Juden am weitgehendsten war“.

So hätten die Mitglieder der lokalen litauischen Kommissionen zur Liquidierung des jüdischen Eigentums darauf geachtet, dass sie selbst nicht zu kurz kamen. Litauer erwarben das Eigentum der Juden zu Spottpreisen oder stahlen es, meist unmittelbar nach deren Abtransport zu nahe gelegenen Erschießungsstätten, und bezogen dann die leer stehenden Häuser. Da die deutschen Besatzer das Raubgut teils selbst beanspruchten, erging der Befehl, solche Aneignungen zu unterbinden. Die Durchsetzung scheiterte laut Dieckmann daran, dass die Deutschen „für die Durchsetzung des Verbots auf diejenigen angewiesen waren, die selbst an dem Raub beteiligt waren“.

Im September 1941 verlegte man das Getto von Vilnius nach außerhalb. Die allermeisten der etwa 40.000 bis 60.000 dorthin getriebenen Menschen wurden in den nahe gelegenen Wäldern von Paneriai (Ponary) systematisch erschossen. Die Wenigen, die flüchten konnten, suchten Anschluss an sowjetische Partisanengruppen. Viele litten auch dort unter (offiziell verbotenem) Antisemitismus.

Allein in den Wäldern von Rudniki (Rūdinkai) südlich von Vilnius agierten laut Dieckmann elf Partisanengruppen, vier davon bestanden überwiegend aus Juden. Sie legten befestigte Erdhöhlen an, organisierten ihr Überleben, attackierten Dörfer und deutsche Speicher, um Lebensmittel zu beschaffen, schmuggelten Waffen oder stahlen sie vom litauischen Selbstschutz und führten Sabotageakte gegen die deutsch-litauische Mordgemeinschaft durch. Sie zerschnitten Telefondrähte, zerstörten Brücken oder blockierten Straßen.

Die jüdischen Einheiten in den Wäldern beschreibt Dieckmann als etwas Besonderes, weil sie eine Zeit lang ihre Autonomie und Kultur bewahrten: „Sie redeten Jiddisch miteinander, versteckten ihr Judentum oder auch ihre zionistischen Ideale nicht, und hatten einen ungewöhnlich hohen Frauenanteil.“

Einzig das „Fort“ genannte Versteck einer der Jiddisch sprechenden Gruppen ist noch in Resten erhalten. Fania Yocheles Brantsovsky (1922–2024), ehemalige Bewohnerin und Partisanin, führte über Jahre Tausende Besucher zu den Erdhöhlen. Sie erklärte deren Geschichte – nicht nur in der deutschen Besatzungszeit, sondern auch im Kampf gegen das von vielen Seiten betriebene Vergessen oder Verdrehen der Geschichte.

Im Herbst 1944 hatte die Sowjetarmee die Deutschen wieder verjagt und etablierte abermals das vielen Litauern verhasste Sowjetregiment. Am 11. März 1990 war Litauen die erste der 15 Sowjetrepubliken, die sich von Moskau lossagte und ihre Unabhängigkeit erklärte. 2004 traten die wiedererstandenen baltischen Staaten Litauen, Estland und Lettland der Nato bei.

Vor diesem historischen Hintergrund geben die physischen Zeugen des jüdischen Widerstands keine Ruhe, seit die Bundeswehr unter einem Nato-Mandat eine dauerhafte, 5000-köpfige Kampfbrigade nach Litauen verlegt. Der Hauptstationierungsort und die Kaserne sind in eben jenem Rudniki-Wald. Die Erdhöhlen des „Forts“ werden Teil des künftig von der Bundeswehr genutzten Manövergeländes. Den litauischen Streitkräften dient es als Übungsplatz. Die litauische Bevölkerung begrüßt die Dauerpräsenz der deutschen Kampftruppen.

Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) bezeichnet die Brigade als Kernprojekt der „Zeitenwende“ und betont die Notwendigkeit einer glaubwürdigen Abschreckung gegenüber dem „revisionistischen und imperialistischen Russland“ unter Präsident Putin.

Doch die Nachfahren der einstigen Widerstandskämpfer sind besorgt, und nicht nur sie: Werden die letzten, schon von der litauischen Regierung nicht gewürdigten Spuren, die an den Heldenmut derjenigen erinnern, die versuchten, einem zum Völkermord entschlossenen Feind zu widerstehen, erhalten bleiben oder endgültig von deutschen Soldaten und Panzern plattgewalzt?

Die Mahnungen finden unter anderem über das 2009 von Professor Dovid Katz, einem Jiddisch- und Holocaust-Forscher, gegründete unabhängige Online-Portal DefendingHistory.com in die Öffentlichkeit. In einem Beitrag vom 26. April 2026 heißt es dort: „Dies ist eine großartige Gelegenheit für Deutschland – und für die Tausenden junger Soldaten, die ‚zurück in den Osten‘ entsandt werden –, sich über den Holocaust in Litauen und darüber hinaus zu bilden und andere darüber aufzuklären. Einschließlich der außergewöhnlichen Geschichte des jüdischen Widerstands.“

Fania Brantsovsky trieb auch das „Vergessen oder Verdrehen der Geschichte“ in jüngerer Zeit um. Die ehemalige Partisanin und Holocaust-Überlebende wurde in Litauen, der Sowjetunion und Deutschland für ihre Aufklärungsarbeit als Zeitzeugin geehrt, der Bundespräsident verlieh ihr das Bundesverdienstkreuz. Sie starb 2024 mit 102 Jahren. Doch in den Jahren vor ihrem Tod wurde sie auch als „Verräterin“ litauischer Interessen diffamiert und angeblicher „Kriegsverbrechen“ beschuldigt, ohne dass es zu einer formellen Anklage kam. Gegenstand waren Sabotageaktionen von Partisanen.

Politische Bildung Die Kampagnen gegen Fania Brantsovsky und andere jüdische Widerstandskämpfer begannen mit dem Nato-Beitritt Litauens parallel zum Erstarren rechtsextremer bis faschistischer Kräfte im Land. 2011 zog die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem die geplante Einladung des litauischen Ministerpräsidenten zurück, weil sich inzwischen auch litauische Polizeikräfte an antijüdischer Hetze beteiligten. Im Dezember 2025 verurteilte ein litauisches Gericht den Vorsitzenden der mitregierenden populistischen Partei Morgenröte von Nemunas, Remigijus Zemaitytis, wegen antisemitischer Volksverhetzung und der Verharmlosung nazideutscher Verbrechen.

Weil die Bundeswehr ihren Platz nahe des einstigen Partisanenlagers hat, muss sie sich der Frage stellen, wie sie mit dem Zeugnis des jüdischen Widerstands umgehen will. Die Linken-Fraktion im Bundestag versuchte im November mit einer Kleinen Anfrage, Auskunft von der Bundesregierung zu erlangen.

In der Antwort heißt es in aller Allgemeinheit, die kritische Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus, mit dem Holocaust und mit der Rolle der Wehrmacht im Nationalsozialismus seien „elementarer Bestandteil der historisch-politischen Bildung in der Bundeswehr“. Die Panzerbrigade 45 führe wie alle Dienststellen regelmäßig historisch-politische Bildung durch. Man verweist auf die Zusammenarbeit der Panzerbrigade 45 mit der jüdischen Nichtregierungsorganisation MACEVA, die sich dem Erhalt jüdischer Friedhöfe in Litauen widmet.

Und konkret? Wenn der Übungsplatz ab 2027 genutzt wird, soll „die lokale Geschichte des Standortes im Rahmen dieser Fortbildungen an Bedeutung gewinnen“. Die Bundesregierung befürworte den Erhalt des ehemaligen Partisanenlagers als Lern- und Erinnerungsort: „Die litauische Regierung wurde darum gebeten, die Schutzwürdigkeit des betreffenden Bereiches zu prüfen und im Zuge der weiteren Planungen zu berücksichtigen. Als künftiger Nutzer des Übungsplatzes wird sich die Bundeswehr für den Schutz und Erhalt des historischen Ortes einsetzen.“

Im Übrigen sei Litauen für die Infrastruktur zuständig, die Liegenschaft mit dem historischen Waldlager grenze unmittelbar an den durch litauische Kräfte genutzten Übungsplatz. Litauen beabsichtige eine Beschilderung des betreffenden Bereichs. Der solle von Übungen ausgenommen bleiben und für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Mit anderen Worten: Damit haben wir und unsere Bundeswehr wenig bis nichts zu tun.

Eine Beschilderung also. Der derart ins Harmlose verschobene Fall offenbart, welche historischen Lasten die neue deutsch-litauische Kampfgenossenschaft an der Nato-Ostflanke mit sich schleppt. Der verdruckste Umgang mit dem Erbe des jüdischen Widerstands dürfte dem russischen, auch den Krieg in der Ukraine legitimierenden Narrativ vom Kampf gegen den Faschismus neuen Stoff liefern.